

## **Anzug betreffend Joint Venture für Arbeit: auch Wirtschaft muss ein Interesse an neuen Arbeitsplätzen für SozialhilfebezügerInnen haben**

05.8420.01

Dass immer mehr Menschen auf Sozialhilfe angewiesen sind, weil sie seit längerer Zeit aus der Erwerbsarbeit ausgeschieden sind, darf nicht einfach hingenommen werden. Abgesehen von den finanziellen Auswirkungen verschlechtert eine lange Sozialhilfeabhängigkeit die körperliche und psychische Gesundheit der betroffenen Menschen nachgewiesenermassen.

Es braucht ein differenziertes Angebot an Arbeitsintegrationsmassnahmen, um auf die unterschiedlichen Ressourcen und Problemstellungen der arbeitslosen SozialhilfebezügerInnen zu reagieren: Beschäftigung/Tagesstruktur, Abklärung, Arbeitstraining, Coaching, Qualifizierung durch Weiterbildung. Solche Programme stossen allerdings auch an Grenzen, weil der Sprung vom 2. in den 1. Arbeitsmarkt zu gross sein kann. Es braucht daher verstärkt Bemühungen, „reale“ Arbeitsplätze in der Wirtschaft für SozialhilfebezügerInnen zu gewinnen. Hier müsste es für Firmen differenzierte Möglichkeiten geben, Arbeitsplätze anzubieten und sich damit als „Arbeitgeber mit sozialer Verantwortung“ zu profilieren.

Wünschenswert sind zum einen Praktikumsstellen als „Arbeit auf Probe“: nach einem befristeten Einsatz in einem realistischen Arbeitsumfeld, bei dem nicht der Lohn im Vordergrund steht, kann der/die SozialhilfebezügerIn Erfahrung sammeln, hoffentlich ein gutes Zeugnis mitnehmen und im besten Fall von dort aus eine andere Stelle im Betrieb antreten, nachdem sich der Arbeitgeber überzeugen konnte, dass jemand gute Leistungen bringt.

Die Möglichkeiten, Teillohnfinanzierungen für leistungsreduzierte SozialhilfebezügerInnen durch die Sozialhilfe zu übernehmen, sollte ebenfalls geprüft werden. Allerdings müssten auch solche Einsatzplätze klar befristet sein, damit keine Dauersubventionierung von Stellen im 1. Arbeitsmarkt durch den Staat resultiert.

Schliesslich gibt es an der Schnittstelle zwischen 1. und 2. Arbeitsmarkt bestimmt auch Möglichkeiten, neue Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor für niedrig qualifizierte Arbeitskräfte zu schaffen. Neue Angebote mit hohem PR-Gewinn für die beteiligten Firmen wie beispielsweise ein Päckli-Lieferservice zwischen Innerstadtgeschäften und Parkhäusern schaffen gleichzeitig neue Einsatzplätze für SozialhilfebezügerInnen und damit eine win-win-Situation.

Die Unterzeichnenden bitten die Regierung zu prüfen und berichten, welche Schritte unternommen werden können für ein „Joint Venture für Arbeit“, in das privatwirtschaftliche Unternehmungen eingebunden sind mit dem Ziel, eine Palette von Praktikums-, Beschäftigungs- und Arbeitsplätzen im vorgängig beschriebenen Sinn für SozialhilfebezügerInnen zu schaffen.

Gabi Mächler, Martina Saner, Urs Müller, Philippe Pierre Macherel, Sibylle Schürch, Gülsen Oeztürk, Bernadette Herzog-Bürgler, Roland Engeler, Christine Keller, Michael Wüthrich, Eveline Rommerskirchen, Thomas Baerlocher, Patrizia Bernasconi, Brigitta Gerber, Beat Jans, Martin Lüchinger